



NEWSLETTER

AUSGABE 4
Oktober 2009

KAS REGIONALBÜRO BENIN
PROGRAMM POLITISCHER DIALOG WESTAFRIKA
David Robert, Anja Casper

Inhalt

Seite 1

- *KAS-Stipendiaten reisen nach Deutschland aus*
- *Kommunalpolitische Regionalkonferenz*

Seite 2

- *Togo vor den Wahlen*

Seite 3

- *Medienseminar in Burkina Faso*

Seite 4

- *Vorsitzender und Generalsekretär der KAS-Partnerpartei besuchen Deutschland*
- *Rückschlag für die Demokratie im Niger*

Seite 5

- *Hochwasser in Burkina Faso*
- *Wahlen in der Côte d'Ivoire: Ein neuer Präsident noch in diesem Jahr?*

Seite 6

- *Studienreise nach Deutschland*

KAS-STIPENDIATEN REISEN NACH DEUTSCHLAND AUS

Nachdem im Frühjahr dieses Jahres eine Auswahltagung für Studenten aus der Region Westafrika stattgefunden hatte, konnten im Oktober die ersten beiden Stipendiaten nach Deutschland ausreisen.

Der 28jährige Togoer Bado Kangnikoe wird zunächst einen sechsmonatigen Sprachkurs in Mannheim absolvieren, bevor er mit seiner Jura-Promotion in Heidelberg beginnt. In nur vier Monaten hat sich der Jurist die notwendigen Deutschkenntnisse angeeignet, um eine erste Deutschprüfung abzulegen, die Bedingung für die Ausreise war. Er habe jeden Tag sieben Stunden Deutsch gelernt, um seinen Traum von einem Studium in Deutschland möglichst schnell verwirklichen zu können, so Kangnikoe. Sein erster Eindruck von Deutschland: „Die Menschen hier sind sehr freundlich zu mir, aber es ist kälter als ich erwartet hatte“, sagte er unmittelbar nach seiner Ankunft. Der 29jährige Senegalese Ibrahima Diop konnte sich direkt an der Universität Bochum einschreiben, wo er nun mit seiner Promotion beginnt. Der Senegalese war bereits mehrere Male in Deutschland und spricht als Germanist bereits fließend deutsch.

Mehr als 60 Bewerber aus der Region konnten die Auswahlkriterien erfüllen. Bei einer zweiten Auswahlrunde wurden sechs Bewerber aus Benin, Togo, der Côte d'Ivoire und dem Senegal ausgewählt.

KOMMUNALPOLITISCHE REGIONALKONFERENZ

In Zusammenarbeit mit der Union der Städte und Gemeinden der Côte d'Ivoire (UVICOCI) organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung vom 17. bis zum 19. August in Grand-Bassam (Côte d'Ivoire) eine kommunalpolitische Regionalkonferenz für 35 Bürgermeister der westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA). Thema des Seminars war die Problematik der technischen und finanziellen Unterstützung bei der Dezentralisierung.

In seiner Eröffnungsrede erläuterte David Robert, Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, in Benin, zunächst das Ziel der Begegnung. Es gehe darum, ein Forum der Bürgermeister der Region zu schaffen, in dem sich diese über die Herausforderungen und Probleme ihrer Gemeinden austauschen könnten. Dazu zählten Umwandlungsprozesse in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheitssystem und Bildungssektor, so Robert. In den kommenden 25 bis 30 Jahren würden sich die Städte der Region zu Megastädten transformieren. Aus diesem Grund müsse die Suche nach Lösungen für die Probleme, die sich aus der Urbanisierung ergeben, jetzt schon beginnen, sagte Robert abschließend.

Albert Francois Amichia, Präsident der UVICOCI und Bürgermeister der Gemeinde von Treichville, dankte der Konrad-Adenauer-Stiftung für ihre langjährige Unterstützung bei der Umsetzung der Dezentralisierung. Er erwähnte die von den ivoirischen Bürgermeistern initi-

NEWSLETTER

REGIONALBÜRO COTONOU
AUSGABE 4 | OKTOBER 2009

www.kas.de

www.kas.de/benin

ierten Entwicklungsbemühungen. Gleichzeitig bedauerte er, dass die in den Ländern der Region umgesetzte Dezentralisierungspolitik durch einen Mangel an technischer und finanzieller Autonomie der Gemeinden und Kommunen nur bedingt effizient sei. Bei weiteren Vorträgen konnten sich die Teilnehmer über staatliche Unterstützungsmöglichkeiten bei der Dezentralisierung informieren. Auch diskutierten sie über die Rolle der technischen und finanziellen Partner und die Folgen der Urbanisierung.

*(Teilnehmende
Bürgermeisterinnen- und
Bürgermeister aus der
Westafrikanischen Wirtschafts- und
Währungsunion)*



TOGO VOR DEN WAHLEN

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2010 ENTSCHEIDEN ÜBER FORTFÜHRUNG DES DEMOKRATISCHEN KONSOLIDIERUNGSPROZESSES

Nachdem im Jahr 2007 die ersten gewaltfreien Parlamentswahlen durchgeführt werden konnten, hat Togo wichtige Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung gemacht. Nun hoffen die Togoer, dass sie im nächsten Jahr auch den ersten demokratisch gewählten Präsidenten haben werden, ohne dass es bei den Wahlen zu blutigen Ausschreitungen kommt. Trotzdem bleiben die demokratischen Umwandlungsprozesse im Land zaghaft, nicht zuletzt weil sich das Land seit Beginn des Jahres in einer Art Vakuum befindet und sowohl die Bevölkerung als auch die politischen Kräfte nur auf die Präsidentschaftswahl im Jahr 2010 warten. Die Situation der Menschenrechte verbesserte sich seit dem Tod des Diktators Gnassingbé Eyadéma im Jahr 2005 kontinuierlich, trotzdem bleibt die Meinungsfreiheit der Bevölkerung und der politischen Oppositionspartei eingeschränkt. Letztere haben weder die finanziellen noch die personellen Ressourcen, sich gegen die Regierung der RPT unter Präsident Faure Gnassingbé als politische Alternative zu positionieren. Nachdem die RPT nunmehr seit 38 Jahren an der Macht ist, verfügt sie über weit verzweigte Machtstrukturen im Land, die nur schwer zu durchbrechen sind.

Die Präsidentschaftswahlen spielen daher eine Schlüsselrolle: die Wahlvorbereitungen müssen frei und demokratisch ablaufen, damit die Bevölkerung erkennt, dass ihre Grundrechte wie Meinungsfreiheit und Wahlrecht unantastbar sind. Freie und demokratische Wahlen und Wahlvorbereitungen können damit das Vertrauen der Togoer in den Demokratisierungsprozess nachhaltig und langfristig stärken.

NEWSLETTER

REGIONALBÜRO COTONOU

AUSGABE 4 | OKTOBER 2009

www.kas.dewww.kas.de/benin

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt die Wahlvorbereitungen in Togo bereits seit Anfang des Jahres mit verschiedenen Seminaren und Konferenzen zur Wahlsensibilisierung. Auch der Sicherheitssektor wird dabei berücksichtigt. Die dem Präsidenten als nahestehend geltende Armee war in der Vergangenheit immer wieder in Wahlunruhen verstrickt, zum letzten Mal als Präsident Faure das Amt von seinem Vater übernahm. Die Konrad-Adenauer-Stiftung bemüht sich daher, in einem partnerschaftlichen Dialog den Sicherheitssektor in demokratisch-rechtsstaatliche Strukturen einzubinden. In diesem Jahr fanden bereits Workshops mit der Armee in verschiedenen Regionen des Landes statt. Ende Oktober wird auf einer militärischen Regionalkonferenz in Togo auch die Bedeutung der Armee bei der Durchführung von demokratischen Wahlen eine Rolle spielen.

MEDIENSEMINAR IN BURKINA FASO

Politisches Marketing und Planung einer Wahlkampagne – das waren die Themen eines Regionalseminars, welches das Medienprogramm Subsahara Afrika gemeinsam mit dem Regionalbüro Politische Bildung Westafrika (PDWA) vom 13. bis 17. Juli 2009 in Ouagadougou, Burkina Faso organisierte.

(Teilnehmer des Medienseminars bei der Kreation ihres eigenen Blogs)

Ziel des Seminars war es, die Kommunikation der Politiker mit den Medien zu verbessern und zu professionalisieren. In den meisten Ländern Westafrikas teilt sich die Medienlandschaft in staatliche und private Medien, wobei die staatlichen Medien allgemein die Regierungspolitik unterstützen. Private oder unabhängige Medien unterstützen im Regelfall eine bestimmte politische Richtung. Dies gilt besonders für Printmedien. Daher kann, bis auf einige Ausnahmen, zwar von Pressefreiheit gesprochen werden, nicht aber von objektiver Berichterstattung. Vor diesem Hintergrund haben Politiker Schwierigkeiten, mit den Journalisten zu kommunizieren. Das Verhältnis beider Gruppen ist durch Misstrauen gekennzeichnet, die Journalisten scheuen sich davor, kritische Fragen an die politische Klasse zu stellen. Umgekehrt „erwarten“ die Politiker praktisch, dass Journalisten nicht wahrheitsgemäß berichten. Während des fünftägigen Seminars hatten Journalisten und Politiker aus der Region daher die Gelegenheit, sich besser kennenzulernen und gemeinsam über die eigene Arbeit und die Arbeit des anderen zu diskutieren. In Workshops wurden den Politikern Tipps für das Anfertigen von Pressemitteilungen gegeben, Interviewsituationen wurden nachgespielt und die Teilnehmer hatten die Gelegenheit, unter professioneller Anleitung ihren eigenen Blog zu kreieren.



Da die professionelle Kommunikation zwischen Politikern und Journalisten besonders in den Zeiten des Wahlkampfs wichtig ist, bildete die Gestaltung der Medienwahlkampagne einen

NEWSLETTER

REGIONALBÜRO COTONOU

AUSGABE 4 | OKTOBER 2009

www.kas.dewww.kas.de/benin

Schwerpunkt des Seminars. Die Teilnehmer kamen aus Burkina-Faso, Niger, Togo, Côte d'Ivoire und Mali. Für viele Teilnehmer war das Thema hochaktuell: so finden im Niger und in Côte d'Ivoire noch in diesem Jahr Präsidentschaftswahlen statt, in Togo im Jahr 2010.

VORSITZENDER UND GENERALSEKRETÄR DER KAS-PARTNERPARTEI BESUCHEN DEUTSCHLAND

In der Zeit vom 20. bis 28. September besuchten der Vorsitzende und der Generalsekretär der togoischen Oppositionspartei CAR, Dodji Apevon und Jean Joel Kissi, die Bundesrepublik Deutschland. Ziel der Studienreise war es, der Partnerpartei Einblicke in den deutschen Wahlkampf zu geben, sowie über wirtschaftliche Impulse für das westafrikanische Land zu diskutieren. Die CAR setzt sich seit langem für den Weg der Sozialen Marktwirtschaft und für die togoische Wirtschaft ein, das Programm wurde daher in Zusammenarbeit mit der Mittelstandsunion (MIT) gestaltet. Neben der KAS-Zentrale besuchte die Delegation auch das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundeskanzleramt. Dabei wurden unter anderem die politischen Bedingungen für Oppositionsparteien bei den Präsidentschaftswahlen 2010 in Togo angesprochen. Die Gäste erhielten außerdem Gelegenheit, zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen in der Bundesrepublik zu besuchen, unter anderem in Schleswig-Holstein, wo sie den Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen trafen.



(v.l.n.r.: CAR-Vorsitzende Dodji Apevon, Peter Harry Carstensen, CAR-Generalsekretär Jean Joel Kissi)

RÜCKSCHLAG FÜR DIE DEMOKRATIE IM NIGER

Bereits seit Beginn des Jahres zeichnete sich ab, dass Nigers Präsident Mamadou Tandja eine verfassungswidrige dritte Amtszeit anstreben würde. Um gegen den Willen der Parlamentsmehrheit eine Volksabstimmung über sein Vorhaben durchsetzen zu können, löste er Ende Mai das Parlament auf. Auch das Verfassungsgericht, welches sich gegen das Vorhaben des Präsidenten ausgesprochen hatte, wurde suspendiert. Am 4. August wurde im Land ein Verfassungsreferendum durchgeführt, welches über die Einführung eines präsidentiellen Regimes entschied. Nur rund 20 Prozent der Bevölkerung beteiligten sich an dem Referendum, der Präsident verkündete dennoch, dass eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung einer Verlängerung seiner Amtszeit zugestimmt habe. Die für Dezember geplanten Präsidentschaftswahlen wurden somit auf unbestimmte Zeit verschoben. Für Ende Oktober

NEWSLETTER

REGIONALBÜRO COTONOU
AUSGABE 4 | OKTOBER 2009

www.kas.de

www.kas.de/benin

wurden Parlamentswahlen angesetzt, die über die Zusammensetzung der ersten Nationalversammlung in der neuen, sechsten, Republik entscheiden werden. Die Oppositionsparteien kündigten bereits an, die Wahlen boykottieren zu wollen.

Weitere Informationen unter: http://www.kas.de/proj/home/pub/20/1/dokument_id-16650/index.html

HOCHWASSER IN BURKINA FASO

Nach den schwersten Regenfällen seit 90 Jahren haben im September in Burkina Faso mehr als 150.000 Menschen ihre Häuser verlassen müssen, mindestens sieben Menschen sind im Hochwasser ums Leben gekommen. Besonders dramatisch ist die Situation in der Hauptstadt Ouagadougou. Die tägliche Menge an Niederschlägen in der Stadt entspreche einem Viertel des jährlichen Niederschlages im ganzen Land, erklärte die UN. Die Infrastruktur der Stadt wurde beschädigt, besonders betroffen sind Brücken, Dämme und Straßen. Auch Teile des Universitätskrankenhauses wurden zerstört.

Bei der Hochwasserkatastrophe wurden rund 600.000 Menschen in 16 westafrikanischen Ländern obdachlos, die oftmals aus Lehm gebauten Häuser konnten den Fluten nicht standhalten und wurden weggeschwemmt.

WAHLEN IN DER CÔTE D'IVOIRE: EIN NEUER PRÄSIDENT NOCH IN DIESEM JAHR ?



Seit 2005 sollen in der Côte d'Ivoire Wahlen stattfinden, allerdings liegen Land und Parteien auch im Jahr 2009 hinter dem offiziellen Zeitplan der Wahlvorbereitungen.

Am 29. November 2009 sollen in der Côte d'Ivoire die ersten Präsidentschaftswahlen seit neun Jahren abgehalten werden. Ursprünglich bereits für Oktober 2005 geplant, wurden die Wahlen immer wieder verschoben. Vorbereitet werden die Wahlen von der Regierung der nationalen Einheit, die Bevölkerung befürchtet jedoch, dass die politischen Kräfte nicht wirklich entschlossen sind, Wahlen zu organisieren. Bei einer im Juni durchgeführten Umfrage des französischen Marktforschungsinstituts TNS Sofres äußerten sich nur 39 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass die Wahlen tatsächlich im November 2009 stattfinden wer-

NEWSLETTER

REGIONALBÜRO COTONOU

AUSGABE 4 | OKTOBER 2009

www.kas.dewww.kas.de/benin

den. Grund für die skeptische Haltung der Bevölkerung sind unter anderem die Spannungen bei den Wahlvorbereitungen. So beschwerten sich die Kandidaten über eine ungerechte Behandlung beim Zugang zu staatlichen Medien. Ebenfalls bemängelt wurde, dass die im Land stationierten Sicherheitskräfte, die für einen friedlichen Ablauf der Wahlen sorgen sollen, nicht unparteiisch seien. Die Wähler sind nur unzureichend über den Wahlprozess informiert, auch von Einschüchterungsversuchen ist die Rede. Die Wahllokale sind größtenteils noch nicht funktionsfähig und das Personal wurde seit Wochen nicht bezahlt. Die in der Côte d'Ivoire stationierte UN-Einheit (UNOCI) erklärte, dass nur 17 der 68 vorhergesehenen Wahllokale betriebsbereit seien.

Grund zur Hoffnung gibt die Fertigstellung des vorläufigen Wählerverzeichnisses. Nach einer mehrwöchigen Verzögerung wurde das Verzeichnis am 1. Oktober den zuständigen administrativen Stellen und den Parteien zur Überprüfung übergeben. Laut der unabhängigen Wahlkommission soll die endgültige Liste so schnell wie möglich veröffentlicht werden. Diese Prüfung der Daten wird jedoch keine reine Formalität sein: Mehr als 2,7 Millionen Datensätze müssen noch verifiziert werden, bevor die endgültige Liste feststeht. Diese Daten stammen von Personen, die bisher nicht amtlich bekannt sind, d.h. die über keinerlei Papiere, auch keine Geburtsurkunde verfügen. Die restlichen Daten stammen von Personen, die bereits für die Wahl im Jahr 2000 registriert waren oder behördlich bekannt sind. Von den rund 6.630.000 Anträgen auf Registrierung waren rund 330.000 zurückgewiesen worden.

Weitere Informationen auf dem Online-Portal der Konrad-Adenauer-Stiftung zu den Wahlen in der Côte d'Ivoire unter: www.kas.de/cotedivoire2009

STUDIENREISE NACH DEUTSCHLAND

Bei einer einwöchigen Studienreise hatten die Vorsitzenden der Sicherheits- und Verteidigungsausschüsse aus fünf westafrikanischen Parlamenten (Benin, Burkina Faso, Mali, Niger und Côte d'Ivoire) die Gelegenheit sich über die Funktion und Rolle des Wehrbeauftragten zu informieren und zu erfahren, wie sich diese parlamentarische Kontrolle im Bundeswehralltag darstellt. Dabei hatten die Politiker Gelegenheit, mit ihren deutschen Parlaments-



kollegen über Möglichkeiten und Grenzen der parlamentarischen Kontrolle zu diskutieren.

Die Kontrolle der Streitkräfte ist bisher in vielen westafrikanischen Staaten die alleinige Angelegenheit der Exekutive. Die Parlamente spielen insbesondere auf dem Gebiet der Kontrolle der Streit-



NEWSLETTER

REGIONALBÜRO COTONOU

AUSGABE 4 | OKTOBER 2009

www.kas.de

www.kas.de/benin

kräfte und bei Fragen der Sicherheitspolitik eine marginale Rolle. Diese Bereiche fallen vollständig in den Aufgabenbereich der jeweiligen Staatspräsidenten. Gleichzeitig können die Strukturen des Sicherheitssektors nur als bedingt demokratisch beschrieben werden.

Das Regionalprogramm „Politischer Dialog Westafrika“ leistet daher seit Jahren einen Beitrag dazu, dass sich die Streitkräfte vermehrt als Bürger in Uniform betrachten und sich in das demokratisch-rechtsstaatliche System integrieren. Hierzu führt das PDWA seit Jahren politische Bildungsarbeit in den Kasernen durch und fördert den Dialog zwischen Politikern und Militärs. Darüber hinaus leistet das PDWA einen Beitrag zur Stärkung der Rolle der Parlamente und zur Professionalisierung der politischen Klasse.